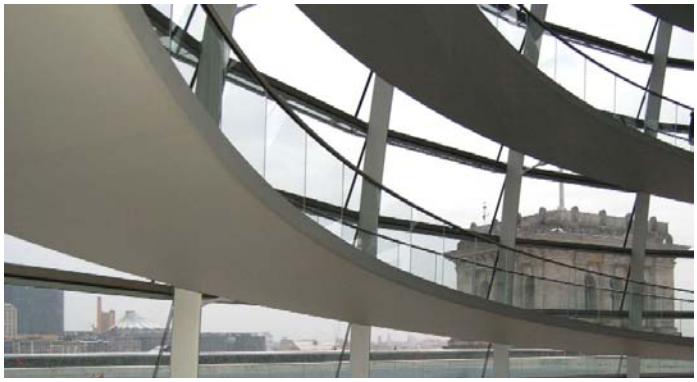
Rechenschaftsbericht
des Bundestagsabgeordneten

Rainder Steenblock

Berliner Büro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 2 27 – 7 20 56
Fax: (030) 2 27 – 7 60 56
rainder.steenblock@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Damm 48
25421 Pinneberg
Tel: (04101) 553987
Fax: (04101) 553986
rainder.steenblock@wk.bundestag.de

www.rainder-steenblock.de



Bericht aus Berlin
und
Schleswig-Holstein

April 2008 – März 2009

März 2009

Liebe Freundinnen und Freunde,

das Signal, dass für mich vom Bundesparteitag in Dortmund ausgeht, ist klar: Wir Grüne setzen uns als europäische Partei nicht nur für eine gerechte und demokratische Europäische Union ein, wir denken Europa weiter. Mit dieser Stärke können wir einen erfolgreichen Europawahlkampf führen und in die Bundestagswahl gehen. Auch wenn ich mich entschlossen habe, nicht noch einmal für den Bundestag zu kandidieren, stehen die ersten Wahlkampf-Termine bereits in meinem Kalender. Ich werde auch dieses Jahr meinen Teil dazu beitragen, dass die Grünen bei den anstehenden Wahlen gute Ergebnisse erzielen. Vor dem Hintergrund der fast handlungsunfähigen Großen Koalitionen in Berlin und Kiel und den vielen schwarzen Mehrheiten in den kommunalen Parlamenten können wir gemeinsam einen guten Wahlkampf führen. Angesichts der massiven Verwerfungen im Zuge der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise und der anhaltenden Debatte um den Klimawandel müssen wir verdeutlichen, dass die Zukunft nur grün sein kann und wir die Partei sind, die Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit parat hat.

Unsere Themen wie die Verkehrs-, Umwelt- und Klimapolitik werden von den derzeitigen Mehrheiten in keinster Weise zukunftsorientiert gelöst. Hier müssen wir gemeinsam Akzente setzen und die Menschen in Schleswig-Holstein mitnehmen. Die geplanten Kohlekraftwerke in Brunsbüttel, die Elbvertiefung und die Verkehrsprojekte A 20 und Fehmarnbeltquerung sind die großen Symbole für die rückwärtsgewandte Politik von CDU und SPD in unserem Land. Es gibt aber sicherlich auch vor Ort die kleineren Beispiele für diese Politik. Gemeinsam mit Euch möchte ich diese Themen aufgreifen und dynamische und kreative Wahlkämpfe führen.

Anbei findet Ihr einen Überblick über meine wichtigsten Aktivitäten und die Schwerpunkte meiner Arbeit in Berlin und Schleswig-Holstein. Meine parlamentarischen Initiativen, meine Reden, meine Pressemitteilungen und viele Fotos findet ihr auf meiner Homepage unter www.rainder-steenblock.de. Fragen beantworte ich gerne – direkt beim Parteitag oder über meine Büros in Berlin und Pinneberg.

Herzliche Grüße,

Endspurt im Bundestag, aber kein Abschied von der Politik. Wir bedanken uns ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit. Die gemeinsame Arbeit mit Euch hat uns viel Freude bereitet.
Barbara, Jörn, Rainder, Irene, Manuela und Thorsten.

Vertrag von Lissabon
Auch im vergangenen Jahr war der Vertrag von Lissabon, welcher den bisher geltenden Vertrag von Nizza aus dem Jahr 2000 ersetzen soll, eines der bestimmenden Themen meiner Arbeit im Bundestag. Nachdem der Bundestag im April 2008 mit großer Mehrheit grünes Licht für den Reformvertrag gegeben hatte, sah es zunächst so aus, als würde es gelingen, den Vertrag bis zum Ende des Jahres in allen 27 EU-Mitgliedstaaten zu ratifizieren. Doch alles kam anders: In einem Referendum wurde der Vertrag von Lissabon von den Iren im Juni 2008 abgelehnt. Auch wenn wir Grüne uns mehr Transparenz bei seiner Erstellung gewünscht hätten, gilt für uns nach wie vor: Um den Herausforderungen unserer Zeit begegnen zu können, brauchen wir die erst durch den Vertrag möglichen Reformen dringender denn je. Aus diesem Grund heißt es nun: Gemeinsam mit Irland müssen wir einen Weg für das Inkrafttreten des Vertrags finden.

Europapolitik im Bundestag 2008
Zu oft schien es der Bundesregierung im vergangenen Jahr nicht wirklich ernst zu sein mit ihrer Ankündigung, Europa gemeinsam mit dem Bundestag gestalten zu wollen. Eine vollständige Information der Abgeordneten ist jedoch dringend geboten, denn die Abgeordneten des Bundestags können sich nur dann frühzeitig in Europadebatten einschalten, wenn sie ihre Entscheidungs-, Beteiligungs- und Informationsrechte vollständig wahrnehmen können. Hier gibt es weiterhin erheblichen Nachholbedarf. In meinen Anträgen und Reden im Plenum machte ich deutlich, dass die parlamentarische Beteiligung des Bundestags an europapolitischen Fragen nach wie vor dringend verbessert werden muss und forderte die Bundesregierung u.a. dazu auf, uns Parlamentariern sämtliche Berichte zu den Ratsarbeitsgruppen bereitzustellen und den Weg für einen so genannten Parlamentsvorbehalt, dem schärfsten Schwert, das uns als Parlament zur Verfügung steht, um unser Unbehagen gegenüber den Entscheidungen der Bundesregierung zum Ausdruck zu bringen, zu ebnen. Außerdem machte ich deutlich, dass es aus Sicht der Parlamentarier nicht länger hinnehmbar ist, keine Dokumente aus dem so wichtigen Bereich der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu erhalten.

Beziehungen der EU zu den östlichen Nachbarn ausbauen
Einen weiteren Schwerpunkt meiner parlamentarischen Tätigkeit bildete die Weiterentwicklung der Beziehungen der EU zu ihren östlichen wie auch südlichen Nachbarn, die die aktuell andauernde tschechische Ratspräsidentschaft, wie auch die zuvor laufende französische Ratspräsidentschaft zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht hatten. Die zuvor im Zuge von Sarkozys Schnellschüssen gegründete „Mittelmeerunion“ als Weiterentwicklung des Barcelona-Prozesses entpuppte sich, um unsere anfänglichen Bedenken und Kritik zu bestätigen, als viel Lärm um nichts. Denn unsere südlichen Anrainer blockieren im Zusammenhang des Nahost-Konflikts ihre jeweilige regionale Zusammenarbeit, da helfen leider auch neu geschaffene Institutionen Seitens der EU nicht weiter.

Am 3. Dezember 2008 präsentierte die Europäische Kommission ihr **Konzept einer „östlichen Partnerschaft“** (Eastern Partnership), welches auf eine polnisch-schwedische Initiative vom Mai 2008 zurückgeht. Es beinhaltet im Kern eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarn der EU, stellt eine Ergänzung der bestehenden EU-Nachbarschaftspolitik dar und soll die Beziehungen der EU zu den Ländern Ukraine, Moldau, Georgien, Aserbaidschan, Armenien und Belarus intensivieren. Neben der Neuausrichtung der Beziehungen der EU soll auch die regionale Zusammenarbeit unter den Ländern mit Hilfe multilateraler Abkommen gestärkt werden. Ziel der „östlichen Partnerschaft“ ist es, von Seiten der EU Demokratie, Sicherheit und Stabilität auch östlich der EU-Außengrenzen zu fördern, um so auch die Energiesicherheit in Europa zu erhöhen. Langfristiges Ziel ist eine enge Anbindung der Länder an die EU, ohne dass ihnen jedoch heute bereits eine Vollmitgliedschaft in Aussicht gestellt wird. Vielmehr sollen zunächst reformorientierte Kräfte in den Ländern unterstützt werden und so eine Modernisierung der gesamten Region forciert werden.

Im Zuge der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise, die die jungen Demokratien Osteuropas vor massive Herausforderungen stellt, wurde einmal mehr deutlich, wie weitgehend die Verflechtungen der EU zu ihren Nachbarn bereits vorangeschritten ist. Um die Risiken der Verwerfungen der Krise auf die Volkswirtschaften Osteuropas und deren sozialen und ökonomischen Auswirkungen für uns zu beleuchten, habe ich am 18. März diesen Jahres ein **Fachgespräch zur „Finanzkrise in Osteuropa“** veranstaltet. Hierzu hatte ich namhafte Experten eingeladen und mit Ihnen und meinen MdB-Kollegen über mögliche Auswege aus der Krise diskutiert.

Der **Georgienkonflikt**, der im August 2008 seinen traurigen Höhepunkt hatte, hat die Aufmerksamkeit der internationalen Staatengemeinschaft und der europäischen Politik erneut auf die instabile Lage in der Region Südkaukasus gelenkt und uns gleichzeitig schmerzlich vor Augen geführt, dass Territorialkonflikte in direkter Nachbarschaft der EU noch nicht der Vergangenheit angehören. Einmal mehr hat sich gezeigt, dass ungelöste regionale Konflikte jederzeit zur Erhöhung von Spannungen genutzt werden können und im Extremfall zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führen, die Konsequenzen weit über die Region hinaus haben. In zahlreichen Stellungnahmen forderte ich die Konfliktparteien auf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und den Konflikt nicht auf dem Rücken der Zivilbevölkerung auszutragen. Darüber hinaus habe ich klargemacht, dass sowohl die Bundesregierung als auch die EU mehr Verantwortung übernehmen und so einen aktiveren Beitrag zu einer insgesamt positiven Entwicklung im Südkaukasus leisten müssen. In meinem Antrag „Demokratie und Sicherheit im Südkaukasus stärken“ forderte ich die Bundesregierung explizit dazu auf, sich bilateral und im Rahmen der EU, des Europarats, der OSZE und den Vereinten Nationen für eine friedliche Lösung des Konfliktes einzusetzen.

Mit der **russisch-europäische Gas- und Energiekrise** machte im vergangenen Jahr ein zweiter Konflikt einmal mehr deutlich, wie sehr wir Europäer immer noch am energiepolitischen Tropf Russlands hängen. Gleichzeitig wurde durch die Kombination dieser beiden Ereignisse offensichtlich, dass weder die EU noch Russland auf eine zukünftig enge Zusammenarbeit verzichten können. Zu einer Intensivierung der **Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU** wird es jedoch nur kommen, wenn beide Parteien aufeinander zugehen. Die Bereitschaft hierfür von Seiten der Bundesregierung habe ich in einem Antrag eingefordert.

Im vergangenen Jahr bildete die Republik **Moldau** als bisher ärmstes Land Europas einen Schwerpunkt meiner Arbeit. Mit Hilfe eines Antrags, den ich in den Bundestag eingebracht habe, forderte ich die Integration der Republik Moldau in die EU. Augenblicklich gründet sich auf meine Initiative hin ein „Deutsch-Moldauisches Forum“, welches sich zum Ziel gesetzt hat, die Beziehungen zwischen beiden Ländern weiter zu vertiefen und so den Weg der jungen Republik in die EU zu unterstützen.

Das „Modell Ostseeraum“
Die Kooperation innerhalb der **Modellregion Ostsee** ist ein Erfolgsprojekt. Die Zusammenarbeit mit anderen Anrainerstaaten des Ostseeraums ermöglicht es, neue Kooperationsformen auszutesten und auch mit Staaten, die nicht Mitglied der EU sind, zusammenzuarbeiten. Da die Ostsee unter einer zunehmenden industriellen Nutzung und einer zunehmenden Schifffahrt, aber auch unter einer Überdüngung durch die Landwirtschaft und einer zunehmenden Überfischung leidet, ist ein gemeinsames Anpacken dieser Herausforderungen wichtiger denn je. Aus diesem Grund habe ich mich mit meinem Antrag für die Fortentwicklung der Modellregion Ostseeraum stark gemacht.

Ostseepipeline: Mit den Nachbarn reden
Das genaue Gegenteil einer besonnenen Energiepolitik, die alle beteiligten Akteure einbezieht, ist die geplante **Ostseepipeline**. Diese ist nicht nur aus ökologischer Sicht unverantwortlich und birgt aus heutiger Perspektive eine kaum zu überschaubare Flut an Risiken. Das Vorgehen der Bundesregierung, in der Vergangenheit lediglich bilateral mit Russland zu verhandeln, war ein Affront gegen die jungen Mitgliedsländer der EU.
Dass eine gemeinsame EU-Energiepolitik anders aussieht, habe ich versucht, der Bundesregierung aufzuzeigen. Sie hat trotz meiner Bemühungen um die Beleuchtung der ökologischen Risiken des Projekts und der wiederholten Aufforderung, auch alternative Streckenläufe zu prüfen und die von dem Bau direkt oder indirekt betroffenen Länder bestmöglich in die Planung des Pipelineprojekts mit einzubeziehen, immer wieder gezeigt, dass für sie ein multilateraler Ansatz keine Priorität hat.

Energiepolitik für Südamerika und Afrika
Energiekrise und Klimawandel betreffen auch Südamerika und Afrika. Im Gespräch mit Regierungsvertretern, Mitgliedern des Parlaments und Mitarbeitern energiepolitischer Initiativen lernte ich im Sommer 2008 auf einer Reise nach Chile und Ecuador energiepolitische Aktivitäten und Projekte kennen. Bei meinem Besuch der Galapagos-Inseln habe ich erfahren, dass sich diese Region in Zukunft durch den Einsatz regenerative Energien komplett unabhängig machen will. Auch hier habe ich mir Windkraft und Solarprojekte angeschaut, die im Rahmen eines deutschen Vorhabens innerhalb der GTZ realisiert werden. Vor zwei Wochen besuchte ich Marokko, um mich über Projekte der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) in Rabat und Marrakesch zu informieren. Dortige HandwerkerInnen sind sehr an einer umweltverträglichen Produktion innerhalb ihrer Betriebe der Lederverarbeitung und Töpfereiindustrie interessiert und würden ihre Produkte gerne mit Hilfe einer nachhaltigen Energieversorgung herstellen. Hierbei müssen wir sie unterstützen. Insgesamt bin ich überzeugt: Durch eine intensive und finanziell gut ausgestattete Zusammenarbeit im Bereich der erneuerbaren Energien kann ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet und lateinamerikanischen wie afrikanischen Staaten der Weg zur energiepolitischen Unabhängigkeit geebnet werden. Deshalb werde ich das Thema auch in Schleswig-Holstein nicht aus den Augen verlieren und am 19. Mai in Kiel über Chancen und Hemmnisse des Ausbaus erneuerbarer Energien in Südamerika informieren.

WEU auflösen
Während ich Kooperationen dort, wo sie Sinn machen, wie zum Beispiel innerhalb der Ostseeregion, ausbauen will, liegt es mir am Herzen Kooperationen dort, wo sie sich nicht bewährt haben oder schlicht überflüssig sind, zu beenden.

In einem aktuellen Bundestagsantrag habe ich die Bundesregierung aufgefordert, sich für eine Auflösung der 1954 gegründeten Westeuropäischen Union (WEU) einzusetzen. Die WEU wurde in Zeiten des sich andeutenden Ost-West-Gegensatzes mit dem Ziel gegründet, als „europäischer Pfeiler der NATO“ die Sicherheit der Partner durch automatischen Beistand zu erhöhen und die Westintegration Deutschlands zu befördern. Sowohl NATO als auch EG übernahmen jedoch bereits kurz nach Gründung der WEU deren Aufgaben. Spätestens seit dem Ende des „Kalten Krieges“ und der voranschreitenden europäischen Integration im Rahmen der Europäischen Union ist die WEU historisch und politisch überholt. Sie spiegelt mit ihren 10 Mitgliedern die politische Realität einer erweiterten EU mit 27 Mit-

gliedsstaaten nicht wider. Momentan hat Deutschland den Vorsitz der WEU inne. Diese Chance wollen wir nutzen, die WEU ein für allemal aufzulösen und damit gleichzeitig die EU zu stärken.

Als Wahlbeobachter in den USA

Mit dem Gefühl, einen historischen Moment miterlebt zu haben, kehrte ich aus den USA zurück. Dort beobachtete ich als einer von 100 internationalen und zwei deutschen Wahlbeobachtern der OSZE die Präsidentschaftswahl. Unregelmäßigkeiten bei den vorausgegangenen Wahlen hatten gezeigt, dass auch in etablierten Demokratien ein reibungsloser Urnengang nicht automatisch garantiert ist. Im bis zuletzt umkämpften Bundesstaat Ohio besuchte ich Wahllokale, sprach mit US-Experten, Regierungsvertretern und Wählern und erlebte Barack Obama aus nächster Nähe. Beeindruckt war ich vom Charisma Obamas und von der Aufbruchstimmung, die er im ganzen Land entfacht hat. Seine Wahl ist eine Entscheidung der Hoffnung – für die Amerikaner, die sich einen politischen Neuanfang wünschen und für die Europäer, die sich eine Neuauflage der transatlantischen Beziehungen versprechen. Amerika hat ein neues Gesicht bekommen.

Reform des EU-Finanzsystems

Das derzeitige **Finanzsystem der EU** wird den Herausforderungen einer EU mit 27 Mitgliedsstaaten in keinster Weise mehr gerecht. Zu viele Sonderregelungen und Rabatte sind das Ergebnis von Verhandlungen, die die europäischen Staats- und Regierungschefs in den vergangenen Jahren zu oft als eine Art Trophäenjagd angesehen haben. Um die EU fit für die Herausforderungen der Zukunft zu machen, ist es dringend notwendig, alte Zöpfe abzuschneiden und das Finanzsystem der EU grundlegend zu reformieren. Dies hat nun auch die Europäische Kommission erkannt und einen Konsultationsprozess gestartet. An diesem beteiligte ich mich im Namen der Bundestagsfraktion im Mai 2008 mit einem Beitrag mit dem Titel „Eine soziale und ökologische EU braucht stabile Finanzen“. Die Entwicklungen im Zuge der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise haben uns deutlich gezeigt, dass die von uns unterbreiteten Vorschläge die richtige Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit waren. So forderte ich in dem Papier – lange vor der Krise unseren Finanz- und Wirtschaftssysteme – nicht nur, eine Stabilisierung der europäischen Finanzmärkte durch die Einführung einer Umsatzsteuer auf Börsengeschäfte, sondern auch eine effektive Kontrolle der Märkte. Außerdem schlug ich vor, die EU nicht länger am finanzpolitischen Tropf der Nationalstaaten hängen zu lassen, sondern mit einer eigenen Steuer auf Treibstoffe autonomer zu machen. Hiermit würden wir gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen: Durch das Verursacherprinzip würden wir diejenigen verstärkt in die Pflicht nehmen, die für die Ursachen von Klimawandel und Co verantwortlich sind, durch die Steuer wäre die EU in der Lage, einen seit langem notwendigen Kurswechsel weg von der Abhängigkeit von Gas und Öl und hin zu einer Unabhängigkeit durch Erneuerbare Energien zu forcieren und durch eine verstärkte Finanzautonomie der Union würden wir die Jagd der europäischen Staats- und Regierungschefs nach einer reinen nationalstaatlichen Netto-/Saldo-Logik einen Riegel vorschieben und so die EU letztenendes insgesamt stärken.

Man darf gespannt sein, ob sich die konservativen Mehrheiten innerhalb der EU angesichts der aktuellen Entwicklungen dazu entschließen können, unseren Vorschlägen zu folgen.

Meere konsequent schützen

Ohne Meeresschutz keine Nutzung der Meere – so einfach ist die Formel, mit der die Diskussion über eine Europäische Meerespolitik überschrieben sein sollte. Die Europäische Kommission erhebt in ihrem so genannten „Blaubuch" zur **Europäischen Meerespolitik** den Anspruch, Interessen und Ansprüche unter einen Hut zu bringen, ohne das sensible Gleichgewicht des Ökosystems Meer aus der Balance zu bringen. Leider hält die Kommission nicht, was sie verspricht, sondern ordnet den Meeresschutz den kurzfristigen Interessen der maritimen Wirtschaft unter. Damit wird eine Politik fortgeführt, die über kurz oder lang auch den wirtschaftlichen Interessen schadet. Das Beispiel Fischerei macht dies deutlich: Die Kabeljaubestände in Nord- und Ostsee sind nahezu leer gefischt, aber die EU-Landwirtschaftsminister können sich nicht auf niedrige Fangquoten und eine nachhaltige Gemeinsame Europäische Fischereipolitik einigen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Unser Ziel ist nach wie vor eine integrierte europäische Meerespolitik aus einem Guss. Um auf die zunehmende Belastung unserer Meere hinzuweisen und ein engagiertes europäisches Vorgehen zu forcieren, habe ich im Bundestag einen Antrag auf die Einführung eines **„Europäischen Tag des Meeres"** gestellt.

Mit Munitionsaltlasten aufräumen

Weiterhin ungelöst ist das Problem der Munitionsaltlasten in unseren Meeren. Die explosiven Altlasten gefährden Fischer, Wassersportler, Strandbesucher, Meerestiere- und -pflanzen. Die zum großen Teil noch funktionsfähigen Bomben können Explosionen, Vergiftungen und Verbrennungen verursachen. Strandbesucher sind gefährdet, wenn sie angeschwemmten Phosphor aufsammeln, den sie für Bernstein halten. Anstatt sich dem Problem endlich anzunehmen, verfährt die Bundesregierung in Sachen Munitionsaltlasten nach dem Motto „aus den Augen, aus dem Sinn" und schiebt Zuständigkeiten munter hin und her. Angesichts der zunehmenden Gefahren der tickenden Zeitbomben in unseren Meeren ist diese Vorgehensweise jedoch nicht hinnehmbar. Aus diesem Grund habe ich das Problem der Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee durch meinen Antrag „Die Zeitbombe der Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee entschärfen" ein weiteres Mal auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzt und die Bundesregierung durch etliche mündliche und schriftliche Fragen, aber auch durch eine Kleine Anfrage zu „Munitionsaltlasten in der Kadettrinne" mit Nachdruck aufgefordert, sich dem Problem endlich anzunehmen.

Für saubere Schifffahrt und Häfen

Schiffe müssen in unseren Städten endlich an die Steckdose! Lübeck hat es vorgemacht und ist heute das Paradebeispiel einer innovativen Versorgung von Schiffen mit Landstrom. Delegationen aus der gesamten EU informieren sich vor Ort über die technische Umsetzung der innovativen Versorgung von Schiffen mit Strom. Weitere Städte müssen diesem Beispiel folgen.

Der Frage, wie wir das Potenzial von Schiffen als umweltfreundlichste Transportmittel weiter ausschöpfen können, ging ich in Gesprächen mit Vertretern der Schiffsbaubranche nach und informierte mich bei Besuchen von Reederei über alternative Schiffsantriebe wie den SkySails, einer Art Lenkdrachen für Schiffe, die das Potential haben, bei guten Windbedingungen bis zu 50 Prozent der Emissionen einzusparen. Damit werden nicht nur Kosten für Treibstoff in erheblichem Maße gespart, sondern auch die Umwelt geschont. Eine Erfolgsgeschichte, die fortgeführt werden muss. Gerade in Zeiten, in denen die maritime Wirtschaft mit den Folgen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise zu kämpfen hat, sind es solche innovative und zugleich umweltfreundliche Nischen, die den Erfolg von Unternehmen auch in wirtschaftlich schweren Zeiten garantieren. Ich bin mir sicher: **Dem ökologischen Schiffsverkehr gehört die Zukunft.** Internationale Regelungen, saubere Kraftstoffe und alternative Antriebe müssen konsequent weiterentwickelt werden.

Aufklärung bei der Bahn
Auch im vergangenen Jahr kämpfte ich gegen die hinter den politischen Kulissen von Bundesregierung und Deutscher Bahn AG ausgeklügeltem Börsengang des Unternehmens. Massive Streckenstilllegungen auch in Schleswig-Holstein wären die Folge. Zudem ist es aus meiner Sicht nicht hinnehmbar, dass das Risiko einer weltweit agierenden privatisierten DB AG die SteuerzahlerInnen tragen. In der jüngsten Vergangenheit ist deutlich geworden, dass Mehdorn und Co. ersteinmal in den eigenen Reihen für Aufklärung sorgen müssen. Die Überwachung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bahn ist in keinster Weise hinnehmbar. Dies haben wir als grüne Fraktion im Verkehrsausschuss des Bundestages gegenüber Bahnchef Mehdorn deutlich zum Ausdruck gebracht.

Elbvertiefung: kein Bedarf
Zweifel an der Wirtschaftlichkeit, der Deichsicherheit und der ökologischen Unbedenklichkeit – die Sorgen hinsichtlich der geplanten Vertiefung der Elbe sind im vergangenen Jahr eher größer geworden. Ich habe nicht locker gelassen und durch beharrliches Nachhaken bei der Bundesregierung und den zuständigen Behörden deren Argumente für eine erneute Vertiefung eingefordert. Was ich zu hören bekam, hat mich nicht überzeugt. Fakt bleibt: Trotz erneuter Auslegung weisen die Antragsunterlagen gravierende Mängel auf, die Bedarfsbegründung stützt sich auf Annahmen von gestern – obwohl im Containerverkehr auf der Elbe aktuell dramatische Einbrüche zu verzeichnen sind.

Untragbar ist die Haltung der Landesregierung. Statt Hamburg Schützenhilfe zu leisten und Niedersachsen zur Zustimmung zu drängen, sollte Wirtschaftsminister Marnette gemeinsam mit dem Nachbarland für die Interessen der betroffenen Bürger kämpfen. Ich habe die große Koalition in Kiel aufgefordert, ihr Einvernehmen nicht zu erteilen, ehe die Altlasten aus den vorangegangenen Vertiefungen nicht abgearbeitet und die schwerwiegenden Einwände gegen eine erneute Flussvertiefung nicht ausgeräumt sind. Wir norddeutsche Grüne fordern seit langem ein nationales Hafenkonzept, in dem Kooperation auch Arbeitsteilung bedeutet, die Infrastruktur effizient ausgebaut wird und nicht jedes Bundesland mit Unmengen von Steuergeldern seine eigenen Projekte verwirklicht. Diese Position haben wir auf dem von mir initiierten Grünen Hafentreffen im März 2009 in Berlin bekräftigt.

Risiken der Fehmarnbeltquerung auf die Tagesordnung
Auf Trab hielt mich auch ein weiteres unnötiges Prestigeprojekt: Die feste Querung über den Fehmarnbelt, über deren Verwirklichung der Bundestag im März seine Beratungen aufgenommen hat. Um zu verhindern, dass die große Koalition den Staatsvertrag mit Dänemark noch vor der Sommerpause ohne Debatte des ökonomischen Nutzens und der ökologische Risiken behandelt, habe ich im Bundestag eine Anhörung in den Fachausschüssen beantragt.

Trotz massiv gestiegener Baukosten und geringer Verkehrserwartung hält die Bundesregierung an der Querung fest, verzichtet aber auf aktualisierte Rentabilitätsberechnungen, wie mir als Antwort auf mehrere Anfragen mitgeteilt wurde. Anfang März informierte ich auf einer öffentlichen Pressekonferenz auf Fehmarn über das parlamentarische Ratifizierungsvorhaben. In engem Schulterschluss mit Grünen, Umweltverbänden, Fährbetreibern und Brückengegnern vor Ort werde ich mich weiterhin dafür einsetzen, dieses Unsinns-Projekt zu verhindern.

A 20 weiterhin nicht finanziert
Auch in den letzten 12 Monaten kämpfte ich mit unterschiedlichen Aktivitäten gegen den Weiterbau der A 20 und die damit verbundene Elbquerung. Gemeinsam mit dem Kreisverband Steinburg unterstützte ich die Bürgerinitiativen inhaltlich bei den Einsprüchen gegen die weiteren Planfeststellungsverfahren. Zum Stand der Planungen und der Finanzierung habe ich im September eine Kleine Anfrage im Bundestag gestellt und ein Pressegespräch zu den Ergebnissen mit den Grünen vor Ort in Itzehoe geführt. Mittlerweile zeigt sich, dass unsere Aussagen über die ungesicherte Finanzierung richtig sind. So sieht auch die Landesregierung in Kiel mittlerweile ein, dass das Projekt über einen privaten Investor nicht finanziert werden kann. In den Verlautbarungen des Verkehrsministeriums werden dann mal eben das Konjunkturprogramm der Bundesregierung oder Maut-Einnahmen für die Finanzierung des Elbtunnels genannt – Gelder, die hierfür aber nicht zur Verfügung stehen. Erneut zeigte sich: Das Projekt ist verkehrspolitisch unsinnig und nicht finanzierbar.

Minderheiten schützen
Minderheiten in unserem Bundesland stellen eine Bereicherung für die Mehrheitsgesellschaft dar. Ihnen Unterstützung für die Bewahrung ihrer Traditionen und Kulturen zukommen zu lassen ist Aufgabe der Politik. Hierzu gehört vor allem den Sprachunterricht an Schulen zu stärken, um dafür zu sorgen, dass die Sprachen der in unserem Land lebenden Minderheiten nicht aussterben. Auch im vergangenen Jahr setzte ich mich deshalb für einen effektiven Schutz der Minderheiten in unserem Bundesland ein. Ich traf mich in Berlin mit Vertretern der regionalen Minderheiten, setzte mich im Rahmen der alljährlichen Aufstellung des Haushaltsplans dafür ein, dass die finanziellen Zuwendungen erhöht werden und sprach im Plenum des Bundestages.

Im Austausch mit den Menschen
Seine Liebe zu deutscher Musik hat Christian schon in der Heimat entdeckt, sein Fagott hat er mitgebracht. Für ein Jahr ist Christian Green mit dem parlamentarischen Patenschaftsprogramm aus Michigan nach Tornesch gekommen. Ich habe – nicht nur wegen seines Namens – die Patenschaft für Christian übernommen und freue mich, dass der junge US-Amerikaner sich bei uns wohl fühlt. Bevor er wieder nach Hause fährt, werde ich ihm und seiner Gastfamilie den Bundestag zeigen.

Mitte März hat mein Berliner Büro für fünf Monate Verstärkung aus der Republik Moldau bekommen. Angela Brinza ist Stipendiatin des Internationalen Parlamentsprogramms des Bundestags und wird sich vor allem um die Etablierung des auf meine Initiative hin gegründeten Deutsch-Moldauischen Forums kümmern.

Gäste aus Schleswig-Holstein begrüße ich gerne in Berlin. Dort können sich Besuchergruppen ein Bild von meiner Arbeit machen. Jedes Jahr lade ich außerdem viele Schulklassen ein, die sich auf der Besuchertribüne des Bundestags und im Gespräch mit mir über den Arbeitsalltag eines Abgeordneten informieren. Junge Menschen für Politik zu interessieren und sie zur aktiven Mitgestaltung anzuregen ist mir nicht nur in Berlin ein wichtiges Anliegen. So nutzte ich den EU-Projekttag an Schulen am 9. März, um den Jugendlichen der Johannes-Brahms-Schule in Pinneberg Europa näher zu bringen und europäische Politik im „Superwahljahr 2009“ greifbarer zu machen.

Wichtiger Teil meiner Arbeit sind auch immer Termine zu verschiedenen aktuellen Themen im Wahlkreis und im Land Schleswig-Holstein. Hier eine kleine Auswahl von besonderen Veranstaltungen: Im Dezember habe ich gemeinsam mit der Kreistagsfraktion Pinneberg ein Informationsgespräch zum neuen Krankenhausfinanzierungsgesetz mit dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung der Regioklinik Elmshorn geführt. Ein weiterer spannender Termin war die Veranstaltung am 19. Mai in Wedel zum Thema Verkehrspolitik in der Metropolregion. Dabei ging es nicht nur um Fragen des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs, sondern auch um die Elbvertiefung. In Lauenburg habe ich an zwei verkehrspolitischen Gesprächen teilgenommen und die starke Belastung durch den LKW-Verkehr, die anstehende Bahnhofssanierung und den Stand der Planungen von Containerterminals an der Elbe diskutiert.